IFAD-Edition Nr. 85 - Abstract

Städte- und Wohnungsbau in der DDR

Ideologie - Politik - Realität

Seit der gesellschaftlichen Wende und der Transformation des politischen, ökonomischen und sozialen Systems der DDR sind auch die als "typisch DDR" deklarierten Plattenbausiedlungen in die öffentliche und wissenschaftliche Kritik geraten (HÄUßERMANN, 1996). Die Bewohner der Plattenbausiedlungen wurden aus medialer Fremdsicht stigmatisiert und die "Platte" avancierte zum abrißwürdigen Feindbild. Dieser Blick von außen auf die Neubausiedlungen widersprach völlig der Selbstsicht ihrer Bewohner (vgl. STRUBELT, 1992, HUNGER, 1992). In den letzten Jahren begann eine ernsthafte, historische Auswertung und Erfassung der sozial- und wohnungspolitischen Realität der DDR, zu der diese Arbeit einen Teil beitragen soll.

Das Ziel dieser Arbeit ist die Darstellung des Zusammenhanges zwischen der Planung des sozialistischen Gesellschaftsmodells (Ideologie, Grundsätze, Konzepte) und dessen baulich-räumlicher Umsetzung mittels der Städte- und Wohnungsbaupolitik der DDR. Darin einbezogen wurden die spezifischen politischen Verhältnisse zwischen der DDR und der Sowjetunion, die für die DDR nur eingeschränkte Handlungsoptionen offenhielten.

Die Arbeit beginnt mit der Darstellung der Funktionsweise des DDR-Herrschaftssystems, das sich durch die Theorie des Marxismus-Leninismus legitimierte und durch das Primat der Parteipolitik gekennzeichnet war (Kapitel 2). Die Dogmen des Marxismus-Leninismus bildeten das Handlungsgerüst für die "Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" (SED), die den Aufbau des Sozialismus in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen anstrebte. Die Politik der Partei und das Primat der Politik war für die Ausrichtung des nationalen Entwicklungsweges bestimmend.

Nach der Darstellung der machtpolitischen Verhältnisse und Abhängigkeiten in der DDR wird im Kapitel 3 die ideologische und theoretische Fundierung des sozialistischen Gesellschaftsmodells am Beispiel der sozialistischen Wohn- und Lebensweise erläutert. Über das gesellschaftliche Leben im Sozialismus existieren im wesentlichen normierte Vorstellungen und Erwartungen hinsichtlich des Arbeitens, des Wohnens, des Zusammenlebens, des Verhaltens und Denkens, der Erholung und Bildung etc. die Doktrin des Marxismus-Leninismus bildete dafür die Grundlage. Gesellschaftspolitisches Ziel der Partei war die soziale Angleichung aller Klassen und Schichten durch die Schaffung gleicher Lebensbedingungen und -verhältnisse. Dem entsprach die Grundidee der "sozialistischen Stadt", in der die soziale Segregation überwunden werden sollte. Besonders die Neubauwohnungen und Neubausiedlungen hielt die SED-Regierung zur Durchsetzung einer sozialistischen Wohn- und Lebensweise für geeignet. Die kulturelle Hochschätzung des Wohnens in der Neubauwohnung wurde demzufolge ideologisch untermauert (Fortschrittlichkeit, hoher Wohnstandard, gesellschaftskonforme Wohnform etc. im Gegensatz zu den kapitalistischen "Hinterlassenschaften" wie Hinterhöfe und Außentoiletten). Die politische Umsetzung der in Kapitel 3 gezeigten ideologischen Prämissen in der DDR ist Gegenstand des Kapitels 4. Im Mittelpunkt steht die unterschiedliche politische Ausrichtung und Umsetzung der "Grundsätze des Städtebaus" unter ULBRICHT und HONECKER. Um die sozialistischen Wohnverhältnisse und die "sozialistische Lebensweise" in den Städten zu fördern, wurden verschiedene Formen regulativer und steuernder Eingriffe des Staates in den Städte- und Wohnungsbau (wie Allokation, Wohnraumlenkung, Mietenpolitik, Inszenierung von Masseninitiativen) eingesetzt, die im Kapitel 4 beschrieben werden.

Wie erfolgreich die Städte- und Wohnungsbaupolitik der SED war, ob sie ihre Ziele erreichte (Wohnungsbauprogramm), und wie ausgeprägt die "sozialistische Lebensweise" in den Neubaugebieten tatsächlich war, ist Gegenstand des Kapitels 5.